



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Streiter, I.: Parteistimme aus Botzen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Da haben Sie im kleinsten Rahmen das Bild der beiden unverföhllichen Parteien. Und es ist doch so leicht, eine Vermittlung für dieselben zu Stande zu bringen, sobald man nur die particulären Interessen des Ich's zur Seite setzt und das Wohl des großen Ganzen ins Auge fassen will. Ich will Ihnen kurz andeuten, in welcher Weise dies geschehen kann. Unsere Zeit verlangt es, daß unsere industrielle und mercantile Politik das Princip des Freihandels, des uneingeschränktesten internationalen Verkehrs an der Stirn trage. Es muß daher eine neue Gesetzgebung davon ausgehen, daß im Allgemeinen Schutzzölle, d. h. solche Zölle, welche durch hohen Tarif aufhören bloße Finanzquelle zu sein, sondern die Concurrenz des Auslandes verhindern sollen, unstatthaft sind. Allein da es Thatsache ist, daß verschiedene Gewerbszweige in Deutschland noch eines mäßigen Schutzes bedürfen, so wird eine Ausnahme zu deren Gunsten, aber nur in beschränkter Weise und auf bestimmte Dauer, nothwendig. Es ist namentlich dabei das Eisengewerbe ins Auge zu fassen. Es kann der Staat, so wie er jetzt organisirt ist, aber einen vollkommen freien Handel aus dem Grunde nicht gestatten, weil er nicht eher die Einnahme der Zölle entbehren kann, als bis er ein zweckmäßiges Aequivalent für dieselben aufgefunden hat. Daher wird und muß er von nun an weder das System unbedingten Schutzes noch völligen Freihandels befolgen, sondern hübsch in der Mitte bleiben und das der Finanzzölle, welches gleich ist einer mäßigen Besteuerung der Production, als das einzig richtige und ersprießliche wählen. Ich glaube auch, daß die Mehrzahl der Frankfurter Congresse sich in diesem Sinne aussprechen wird — aber es wird noch viel Worte und Tinte, noch gar manchen ergötzlichen Kampf kosten.

Parteistimme aus Bozen.

Erlauben Sie mir Ihnen die Ansichten mitzutheilen, welche man bei uns in Tirol über dessen künftige Stellung zu Deutschland und Oestreich hegt. Wir sind zwar nur eine Provinz, ja die Deutschtiroler, von denen ich spreche, kaum eine halbe, denn Vorarlberg und Wälschtirol sagen sich von ihnen entschieden los, doch eben dies Ländchen mit bloß 400,000 Bewohnern versinnlicht bei einem geringen Umfang noch mehr das Anheil der Zerspaltung, falls man darin dem Volk seinen vollen Willen läßt.

Ueber unsere unbedingte Vereinigung mit Deutschland, die durch die §§. 2 und 3 des Entwurfs der deutschen Reichsverfassung ausgesprochen ist, drückte der Vicepräsident des gegenwärtigen tiroler Landtags Dr. Schuler, als Berichterstatter des Ausschusses für allgemeine Landesangelegenheiten dessen Mißbilligung dahin aus, daß hiedurch „die Frage über die Stellung der deutschösterreichischen Provinzen zu Deutschland auf die

Spitze einer jedenfalls bedenklichen Entscheidung getrieben sei.“ Eine Erläuterung zu diesem Urtheil gibt sein Vorschlag über unsere künftige Vereinbarung mit Oestreich, ein Vorschlag, den die Mehrzahl der Abgeordneten mit ungetheiltem Beifall aufnahm. Diesem nach soll der Kaiser gebeten werden, unter Aufhebung des gegenwärtigen Reichstags vorerst Deputirte an sein Hoflager zu berufen, „um die künftige Verfassung auf der Grundlage der Föderativform mit Beibehaltung des Provinzialverbandes zu erbauen.“ Die Provinz Tirol schloß somit ein Bündniß mit allen übrigen Provinzen des Kaiserstaates, wie dieser ein völkerrechtliches mit dem deutschen Reiche. Sie sehen, wie begierig man den Gedanken einer völligen Lostrennung bei uns auffaßt: dies die Folge, wenn das Minoritätsgutachten zum §. 2 der deutschen Verfassung durchgedrungen hätte.

Der Grund, der Deutschtirol diese Sonderstellung anstreben läßt, liegt nach unsern Historikern in seinen unzähligen, jedem „Ausländer“ unerforschlichen Eigenheiten, nach unsern Politikern in der Erkenntniß der Vortrefflichkeit seiner alten Institutionen, nach unsern Pfaffen im Eifer für die „Reinbewahrung“ des allein seligmachenden Glaubens. Nach meiner Ueberzeugung stehen die Letztern als Generalstab hinter dem vorgeschobenen Freicorps der Conservativen aller Waffengattungen; die erste Anfeindung der Geistesemancipation bildete eine Petition gegen Kultusfreiheit, die sie von 124,000 Männern und Knaben unterfertigen ließen, ernstlichere Operationen begannen seit dem kaiserlichen Patent vom 7. September über Grundentlastung. Ueber Ersteres erlitten sie um Gottes willen vielen Schimpf und Spott und sie litten ihn gerne, weil hiedurch die Aufregung des Volkes angebahnt und ihr materielles Daranliegen den Anschein höherer, religiöser Interessen gewann. So war es ihnen denn auch gelungen, das Landvolk über eine der größten Wohlthaten, die Ablösung seiner Siebigkeiten, theilweise zu erbittern, man predigte den Bauern um Meran und Bogen, im Passeier und Wippthal, wie nur die Gottlosigkeit der Wiener sich am Kirchengut vergriffe; sie hielten heimliche Sitzungen und beriefen alle „gutgesinnten“ Genossen auf den 28. October zu einem Congreß nach Sterzing. Man ließ sie durch Joseph Ladurner, einen Bauern, der kaum seinen Namen schreibt, in einem viel verbreiteten „Silberuf“ um Beistand angehn und der geistlichen Hand, die ihm die Feder führte, lag vor allen Erhaltung der Zehnten und Grundzinsen am Herzen. Dies also unsere Leiter und die schwarzen Kobolde, die sich zwischen uns und Oestreich, zwischen uns und das deutsche Reich stellen. Der ständige Ausschuß des tiroler Landtags fand im Einverständniß mit der Landesstelle und unsern rückgekehrten Deputirten zum Wiener Reichstag die einzige Abhilfe gegen die unruhstiftenden Bauernversammlungen in der Berufung des Congresses unsrer Stände, der zur Anbahnung der Volksvertretung mit 82 stimmberechtigten Vertrauensmännern aus allen Landestheilen verstärkt werden sollte. Wälschtirol beschiedte ihn gar nicht, Vorarlberg nur mit 2 Vertrauensmännern, ersteres strebt aus nationalen Sympathien nach einer Vereinigung mit Oberitalien, letzteres wendet sich mit Abscheu von unsrer Pfaffenherrschaft und der vorarlbergische Vertrauensmann Dr. Schmidt erklärte am 9. d.: „an eine ständische Vereinigung (Tirols und Vorarlbergs) sei nun und nimmer zu denken, eine Annäherung beider Nachbarvölker könne nur in so weit Platz greifen, als Tirol von seiner Sonderstellung zurückkomme, von einer Sonderstellung, zufolge welcher es nicht nur allen übrigen Provinzen und dem verfassungsgebenden Reichstage Oestreichs selbstgenügend gegenüberstehe, sondern sogar in sich selbst entzweit sei.“ Die Entzweiung bezieht sich nur auf Wälschtirol, denn Dr. Schuler scheint in seinem jezigen Urlaub von der Nationalversammlung zu Frankfurt die Zauberfor-

mel gefunden zu haben, die alle Herzen der Deutschtiroler, wenige „Liberale“ ausgenommen, in einem Streben einigt, im begeistertesten Verlangen nach Sonderstellung des Provinzialismus. Diesen wünschen die Pfaffen, denn er verbürgt ihnen ihre Herrschaft, diesen der Adel, der auch theilweise von Zehnten und Grundzinsen lebt, diesen der Bürger, der die Freiheit der Gewerbe fürchtet, diesen endlich der Bauer, der blindlings das begehrt, was ihm der Pfarrer oder Kapuziner vorsagt. Die Verdummung unseres Volkes ist so weit gediehen, daß sich Viele alles Ernstes durch die Grundentlastung in ihrem Gewissen beunruhigt fühlen, denn man predigt ihnen, nicht der Reichstag und Kaiser, nur der Pabst könne gültig kirchliche Zehnten und Grundzinsen aufheben. Die völlig Rechtgläubigen, deren freilich vielleicht kaum mehr als der Freisinnigen, sehen in jedem „Herrn“ einen halben oder ganzen Renegaten, gemeinhin „Luttrischen“, gelehrte Bildung scheint ihnen vom Uebel, nur eine findet noch Gnade vor ihren Augen, die das Messelesen und Brevierbeten ermöglicht. Ich mußte alle diese Strömungen und Centrifugalkräfte selbst bis zum Extrem beleuchten, um zu zeigen, wohin die ungehinderte Freiheit in der Entwicklung unfres anerzogenen Charakters, der Ausbildung unserer Eigenthümlichkeiten, des provinziellen Strebens die Deutschtiroler führen mag.

Ist es ein Interesse des Fortschritts zum Bessern, daß dieser Wille deutschtirolischer Mehrheit die höchste Stufe ihrer sonderbaren Wünsche, so zu sagen die Krone ihrer Nationalität erreiche? Nimmermehr. Dies wäre offenbar ein Rückschritt zur jesuitischen Sklaverei. Wenn aber für die deutsch-österreichischen Provinzen — denn auch die Tschechen und Slaven wollen nichts von einem einigen Deutschland wissen — der Grundsatz bloßer Realunion zum deutschen Mutterlande in seiner vollen Ausdehnung so böse Folgen nach sich zieht, ist dies nicht ein Vorwurf gegen dieses Princip überhaupt? die deutsch-österreichischen Provinzen sind nun einmal Dank der Metternich'schen Staatskunst so tief herabgedrückt in ihrer Geistesbildung, daß sie ohne Hilfe ihrer deutschen Brüder sich nie zu gleicher Intelligenz mit ihnen, nie zum vollen Bewußtsein ihres menschlichen Berufes erheben, und sich selbst überlassen von beiden nur immer mehr und mehr entfernen werden. Humanität steht aber höher denn Freiheit, diese ist nur ein Mittel zu jener als ihrem letzten Zweck. Freiheit ist nur ein untergeordnetes Gut, des Menschen Ziel steht über seinen angebundenen Neigungen. Hinweg also mit dem souveränen Willen eines unmündigen Volkes, der das höchste Gut unfres bessern Theils, die fortschreitende geistige Entwicklung in Frage stellt, hinweg darum mit jeder möglichen Lockerung des ausgesprochenen innigsten und organischen Verbandes mit Deutschland, nur in ihm sonnt sich die Frucht der wahren Freiheit für uns und unfre Kinder.

J. Streiter.

W i t t e.

Unsere geehrten Correspondenten werden dringend ersucht, ihre Mittheilungen so einzurichten, daß sie spätestens Dienstag früh hier eintreffen.

Verlag von F. L. Herbig. — Redacteurs: Gustav Freytag und Julian Schmidt.
Druck von Friedrich Andrá.